

Gert W. Kück **Indien**  
**am Beginn des**  
**Jahres 2000**

**Nach den Parlamentswahlen vom September/Okttober 1999, die einen Trend zur Polarisierung der Parteienlandschaft und eine zunehmende Bedeutung regionaler Parteien zeigten, ist erneut eine von der Bharatiya Janata Party geführte Koalition an der Regierung. In ihren Erklärungen betont diese die Bedeutung von Demokratie, Säkularismus, sozialer Gerechtigkeit und föderaler Harmonie. Der wirtschaftliche Reformprozess soll forciert weitergeführt werden. Die Opposition mit dem Congress(I) an der Spitze befürchtet die Zunahme hindunationalistischer Tendenzen und bezweifelt die Seriosität der Wirtschaftspolitik.**

■ **Zur allgemeinen Situation nach den Parlamentswahlen**

Die im Gefolge der Parlamentswahlen vom September/Oktober 1999<sup>1)</sup> erneut an die Regierung gekommene Koalition unter Führung der Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei: BJP), die derzeit aus 24 Parteien bestehende National Democratic Alliance, hat nach ihrem Wahlsieg die in ihrem Wahlmanifest niedergelegte Absicht bekräftigt, zu Demokratie und Säkularismus zu stehen, den wirtschaftlichen Reformprozess zu intensivieren, für mehr soziale Gerechtigkeit einzutreten, die Armut zurückzudrängen und für Indien außen- und sicherheitspolitisch eine bessere internationale Position zu erreichen.<sup>2)</sup>

Inwieweit die Koalition diesen Prinzipien treu bleibt und inwieweit all dies realisiert wird bzw. werden kann, bleibt abzuwarten. Nach wie vor gilt, dass es Indien – der bevölkerungsreichsten Demokratie der Welt mit nunmehr einer Milliarde Einwohner und einer auf unserem Globus innerhalb eines Landes wohl einmaligen politischen, sozialen, kulturellen, ethnischen und religiösen Vielfalt<sup>3)</sup> – ungeachtet enormer innerer Spannungen bisher gelungen ist, seit Erreichung der Unabhängigkeit 1947 seine staatliche Integrität und seinen säkularen Charakter zu wahren sowie seine demokratische Grundstruktur einschließlich einer funktionierenden Gewaltenteilung aufrechtzuerhalten und eine insgesamt beachtliche wirtschaftliche Entwicklung zu durchlaufen. Obwohl die darauf beruhende relative innere Stabilität ständigen Zerreißproben unterliegt, vor allem durch terroristische Anschläge, separatistische Bewegungen, soziale Zusammenstöße und fundamentalistische

Tendenzen, ist sie – vor allem im Vergleich zu anderen ehemals kolonial geprägten Staaten – hoch und nicht, wie beispielsweise im Nachbarland Pakistan, durch mehr oder minder lange Perioden der Militärherrschaft oder der Diktatur unterbrochen.

Die Nukleartests vom Mai 1998 und der Mitte August 1999, kurz vor den Unterhauswahlen, veröffentlichte Entwurf einer indischen Nukleardoktrin<sup>1)</sup> haben deutlich mehr – und durchaus gerechtfertigte – Aufmerksamkeit für Indiens Sicherheitsprobleme durch die verbliebene Supermacht USA und andere Staaten in aller Welt gebracht. Als schmerzlich und ungerechtfertigt wurden die gegen Indien verhängten Sanktionen der meisten OECD-Länder, der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds und die dadurch eingetretenen Verluste gewertet. Der Mitte 1991 durch die damalige Regierung des Indian National Congress/Congress(I) unter Premierminister Narasimha Rao von Finanzminister Manmohan Singh eingeleitete Prozess wirtschaftlicher Reformen und der Öffnung Indiens nach außen erlangte wohl Eigenständigkeit, kam in den letzten drei Jahren jedoch weitgehend zum Stillstand.

Die unklare politische Situation, der Einfluß der *swadeshi*-Ideologie und ihrer Befürworter in der BJP, nach der „Indien von Indern aufgebaut werden soll“, und die allgegenwärtige Bürokratie, aber auch um ihre Monopolstellung auf dem Binnenmarkt fürchtende indische Großunternehmen haben weitere Reformansätze und den Zufluss ausländischer Direktinvestitionen stark gebremst. Nach Berechnungen der Associated Chambers of Commerce and Industry of India (ASSOCHAM) verminderte sich der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen im Zeitraum April bis September 1999 im Vergleich zur entsprechenden Periode des Vorjahres um 40 Prozent und hat weiter sinkende Tendenz.<sup>5)</sup>

Der erzielte Zuwachs des Sozialproduktes hält mit dem Wachstum der Bevölkerung, die Mitte 1999 eine Milliarde Menschen erreichte, bei weitem nicht Schritt. Zudem polarisiert sich dessen Verteilung immer mehr. Der relative Anteil von nach der Definition der Vereinten Nationen absolut armen Menschen an der Gesamtbevölkerung liegt selbst nach offiziellen Angaben bei über einem Drittel und inoffizielle Schätzungen geben sogar zwischen 40 und 50 Prozent an.

1) Zur Situation Indiens vor den Parlamentswahlen 1999 und zur Entwicklung, die seit den letzten Wahlen 1998 dazu führte, vgl. Gert W. Kück, „Koalitionen, Krisen und Kaschmir: Indien Mitte 1999“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Sankt Augustin, Heft 8/1999, S. 24-57.

2) Vgl. *For a Proud, Prosperous India. An Agenda*, National Democratic Alliance, Election Manifesto, Lok Sabha Election 1999 (New Delhi 1999).

3) Eine kenntnisreiche Darstellung findet sich in: Martin Fritz/Martin Kämpchen, *Krischna, Riksha, Internet. In - diens Weg in die Moderne*, Verlag H.C. Beck (Beck'sche Reihe; 1296), München 1998.

4) Siehe hierzu Gert W. Kück, „Indiens Nukleardoktrin. Auf der Suche nach strategischer Autonomie“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, Sankt Augustin, Heft 10/1999, S. 42-53.

5) *The Business Times*, New Delhi, 25. 10. 1999.

In keinem anderen Land der Welt leben zahlenmäßig mehr Menschen unter der absoluten Armutsgrenze als in Indien. Eine unlängst vorgestellte Studie des Bevölkerungsprogramms der Vereinten Nationen kommt z.B. zu dem Schluss, daß 1997 ein Drittel der indischen Bevölkerung, also über 320 Millionen Menschen, unter- bzw. fehlernährt waren und nur weniger als 80 Prozent des Minimums an Kalorien konsumieren konnten.<sup>6)</sup>

6) *Population, Food Production and Nutrition in India*, UNFPA/United Nations Population Fund, India Office, New Delhi, October 1999.

7) Vgl. ausführlich: *Human Development Report in South Asia 1999. The Crisis of Governance*, Publ. for The Mahbub ul Haq Human Development Centre, Oxford University Press 1999; und *India Development Report 1999-2000*, ed. by Kirit S. Parikh, Indira Gandhi Institute of Development Research, Oxford University Press 1999.

8) Alle Zahlen im folgenden nach: *Outlook. The Weekly Newsmagazine*, Vol. V., Nr. 40, 18. 10. 1999, S. 22ff.; *India Today*, Vol. XXIV, Nr. 42, 18. 10. 1999, S. 32ff.; und *Statistical Report on the General Elections, 1996, 1998 and 1999*, Election Commission of India, New Delhi.

Als sicher kann daher gelten, dass die Entwicklung Indiens, des Landes, das in der Lage ist, moderne Satelliten und Raketen zu bauen, und das eine wachsende Rolle in der Softwarebranche einnimmt, in dem aber auch noch Massenarmut und steinzeitliche Gemeinschaften existieren, weiterhin von seinen seit langem existierenden und sich größtenteils noch verschärfenden enormen wirtschaftlichen und sozialen Problemen behindert werden wird.<sup>7)</sup> Deren Lösung dürfte außerdem durch intensiviertere terroristische Aktivitäten, sowohl internen Ursprungs als auch extern hineingetragen, behindert werden. Zudem kann, auch wenn von den an der Regierung befindlichen Spitzenvertretern der BJP nicht gewollt und von diesen im Interesse des Erhalts der Koalition und damit ihrer Macht bewusst niedergehalten, eine Zunahme hindunationalistischer Tendenzen nicht ausgeschlossen werden.

## ■ Ergebnisse der Parlamentswahlen

Bei der Durchsetzung ihrer Politik kann sich die gegenwärtige Koalitionsregierung unter Führung der BJP auf die absolute Mehrheit in der Lok Sabha (Unterhaus) stützen.

Dabei wirkte sich das in Indien praktizierte Mehrheitswahlsystem in signifikanter Weise zugunsten der BJP und ihrer Alliierten aus.<sup>8)</sup> Bei einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 60,4 Prozent konnte die BJP 23,70 Prozent der Stimmen auf sich vereinen (Wahlen 1998: 25,47 Prozent), dagegen votierten für den Congress(I) 28,42 Prozent der Wähler (Wahlen 1998: 25,88 Prozent). Jedoch hat die BJP gegenwärtig im Unterhaus 182 Sitze, ihre Alliierten haben 114 Sitze, zusammen also 296 Sitze, was 55,1 Prozent und damit der absoluten Mehrheit entspricht. Im Gegensatz dazu hat der Congress(I) nunmehr 112

Sitze, seine Alliierten haben 22 Sitze, was zusammen 134 Sitze, also rund 25 Prozent ausmacht. Andere Parteien, darunter die Linken einschließlich der beiden kommunistischen Parteien (die CPM rangiert mit 5,38 Prozent auf Platz drei der Stimmenverteilung, die CPI mit 1,45 Prozent auf Platz sechs) und der Unabhängigen, verfügen mit 107 Sitzen lediglich über 19,9 Prozent. Zum Vergleich: In der vorhergehenden Lok Sabha hatten die BJP und ihre Alliierten 277 Sitze, der Congress(I) und seine Verbündeten 168 Sitze und andere Parteien sowie Unabhängige 98 Sitze.

Anders sieht die Situation in der Rajya Sabha (Oberhaus) aus, wo der Congress(I), also die Opposition, die Mehrheit hat. Er kann damit die Annahme gesetzlicher Regelungen, die das Oberhaus passieren müssen, behindern oder blockieren.

Die wichtigsten Regierungsämter sind im wesentlichen wie in der vorherigen Koalition besetzt. Atal Behari Vajpayee, dessen Persönlichkeit nachhaltig zum Erfolg der BJP beitrug, wurde erneut Premierminister. Er gilt einerseits allgemein als erfahrener Politiker und Reformler und als Mann, der radikale Kräfte in der BJP und in der hinduistischen Dachorganisation Vishwa Hindu Parishad (VHP: Hindu-Weltrat) sowie in anderen hinduistischen Organisationen, vor allem im Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS: Nationaler Selbsthilfebund), aus dem er übrigens selbst hervorgegangen ist, zurückgedrängt hat. „*Today, Mr Vajpayee is widely viewed as the moderate face of the Bharatiya Janata Party, a liberal who keeps his distance from Hindu extremist groups that are accused by the Opposition of having links with the BJP.*“ Andererseits wird er auch als „*bulldog Brahmin with Churchill's touch*“ charakterisiert.<sup>9)</sup>

Außenminister ist wiederum Jaswant Singh, Innenminister wurde erneut L.K. Advani und das Verteidigungsministerium ging wieder an George Fernandez. Auch bei anderen wichtigen Ressorts wie Finanzen (Yashwant Sinha), Menschliche Ressourcen/Wissenschaft und Technologie (Murli Manohar Joshi), Energie (R. Kumaramangalam) oder Justiz (Ram Jethmalani) gab es keine Veränderungen. Bemerkenswert ist das Ausscheiden des ehemaligen Handelsministers Hegde. Erstmals sitzt kein Muslim als Unionsminister im Kabinett.

9) Beide Zitate aus: *The Independent*, London, 7. 10. 1999.

## ■ Hauptkennzeichen der neuen politischen Situation

Hauptkennzeichen der Situation nach den Wahlen vom Herbst 1999 ist, dass – mit welchen derzeit noch nicht voll absehbaren Konsequenzen auch immer – ein Ende der in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zu beobachtenden häufigen Regierungswechsel und damit eine Phase stabilerer Regierungen in Indien erreicht zu sein scheint. Diese steht jedoch nicht, wie vom Congress(I) mit dem Sturz der Regierung Vajpayee Ende 1998 angestrebt, im Zeichen der *Grand Old Party* mit einem „charismatischen“ Mitglied der Nehru-Gandhi-Dynastie an der Spitze. Statt dessen hat sich nach dreifachem Anlauf die BJP als relativer Newcomer etabliert und zwar strategisch geschickt mit einer bereits vor der Wahl konstituierten Koalition. Demgegenüber war der Congress(I) bis in die Endphase des Wahlkampfes der Illusion erlegen, im Alleingang eine zur Regierungsbildung ausreichende Zahl von Sitzen im Unterhaus erlangen zu können.

### I Congress(I) bzw. BJP: Entwicklung der Zahl der Sitze im indischen Unter- haus seit 1984\*

	Congress(I)	BJP
1984	415	2
1989	197	85
1991	227	119
1996	140	161
1998	141	182
1999	14	182

\* Die BJP bestritt erst seit 1984 als selbständige Partei Wahlen.

Mit ihren fast 300 Sitzen hat die BJP-Koalition jetzt das erreicht, was Parteienexperten als „Komfortzone“ bezeichnen. Selbst die TDP<sup>10)</sup>, welche die zum Congress(I) übergelaufene AIADMK<sup>11)</sup> als Primadonna der vorherigen BJP-geführten Koalition ersetzt hat, wäre mit ihren beachtlichen 29 Sitzen nicht in der Lage, die neue Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Ganz offensichtlich aber beabsichtigt sie dies auch gar nicht, da ihr – wie allen anderen Partnern der BJP – eine tiefe Abneigung gegen den Congress(I) eigen ist. Und was den Congress(I) betrifft, der 1996 bzw. 1997 zwei Linksregierungen der sogenannten United Front unter den Premierministern H.D. Deve Gowda und I.K. Gujral sowie 1998 die erste BJP-Koalition unter Vajpayee zu Fall bringen konnte, so ist er zu einem erneuten Schlag dieser Art nach dem schlechtesten Wahlergebnis seiner Geschichte nunmehr völlig außerstande.

10) Die Telugu Desam Party, Regionalpartei im Unionsstaat Andhra Pradesh, ist Mitglied der BJP-geführten Koalition, trat jedoch bisher nicht in diese Regierung ein.

11) All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam, Regionalpartei im Unionsstaat Tamil Nadu.

Des Gefahrenpotentials, das der Koalition seitens radikaler hindunationalistischer Kräfte aus den Reihen der BJP selbst und aus ihr nahestehenden, zusammen mit ihr in der Sangh Parivar („Einheitliche Familie“: radikal hinduistische Dachorganisation) vereinten Organisationen droht, sind sich die Spitzen der BJP ganz offenbar durchaus bewusst. Das zeigt sich vor allem darin, dass Vajpayee wie Advani zumindest bis jetzt zum Teil brüsk jeden Versuch zurückgewiesen haben, originäre Grundziele der BJP (vgl. hierzu Abschnitt 4.) wie den Bau eines Ram-Tempels, die Abschaffung des Sonderstatus von Jammu und Kaschmir und die Einführung eines einheitlichen Zivilrechts, auf die seitens der BJP im Interesse der Koalitionsbildung für die nächsten fünf Jahre verzichtet worden war, auf die Tagesordnung zu setzen. Unterdessen ist gerade die Tempelfrage zum Anlass der Spaltung der BJP im größten Unionsstaat Uttar Pradesh geworden.

Nach Auffassung vieler politischer Beobachter haben die jüngsten Parlamentswahlen gezeigt, dass sich Indien immer mehr in Richtung einer besonderen Art von Zweiparteiensystem entwickelt: Obwohl eine Vielzahl von Regionalparteien immer mehr Einfluss gewinnen, gruppieren sich diese um die BJP bzw. den Congress(I) und tragen so zu einer Polarisierung bei. Linksparteien bis hin zu den beiden kommunistischen Parteien haben dagegen stark an Einfluss verloren.

### ■ Absichtserklärungen und erste Schritte der neuen Regierung

Die neue Regierung wird sich all den gravierenden und drängenden Problemen Indiens stellen müssen. Dabei erfassen die direkt nach den Wahlen und in den Wochen seitdem abgegebenen Erklärungen des alten und neuen Premiers Atal Behari Vajpayee und anderer führender Politiker der Koalition durchaus die wesentlichen gegenwärtigen Probleme des Landes und beinhalten verbal zugleich realistische Politikhinweise.

So appellierte Premier Vajpayee bereits am 8. 10. 1999, unmittelbar nach den Wahlen, an alle politischen Parteien, die Konflikte während der Wahlkampagne als Vergangenheit zu betrachten und gemeinsam an der Lösung der Probleme des Landes zu arbeiten.<sup>12)</sup> Mit der Opposition werde auf dieser Basis ein Konsensus

12) Vgl. u.a. *The Hindu*, New Delhi, 9. 10. 1999.

angestrebt, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung, die er an die Spitze seiner Prioritätenliste stellte. In diesem Zusammenhang betonte er besonders die Notwendigkeit der raschen Verabschiedung von seit längerer Zeit ausstehenden gesetzlichen Regelungen für das Versicherungswesen (Insurance Regulatory Bill; soll nicht zuletzt auch den Zugang nichtindischer Versicherungsfirmer zum indischen Markt erleichtern), gegen Geldwäsche (Money Laundering Prevention Bill), zum erleichterten Zugang ausländischen Kapitals (u.a. Foreign Exchange Management Act) und zur Neufassung der Telekommunikationspolitik sowie zur Privatisierung staatlicher Unternehmen. Zu überwinden dabei sei die starke ideologische Opposition „bestimmter politischer Gruppierungen“, was nicht zuletzt als Hinweis auf Kräfte innerhalb seiner eigenen Partei zu verstehen ist.

Als weitere vorrangige Aufgabe bezeichnete er die Verbesserung der Gegebenheiten auf dem flachen Land, wo die Bevölkerung zunehmend unzufrieden werde.<sup>13)</sup> Das Hauptproblem bei entsprechenden Entwicklungsprojekten sei nicht in erster Linie der Mangel an finanziellen Ressourcen, sondern deren ineffiziente und durch Korruption gekennzeichnete Verwendung sowie Kompetenzstreitigkeiten zwischen Union und Unionsstaaten.

Zu außenpolitischen Fragen sagte Vajpayee, dass US-Präsident Clinton – dessen mehrfach verschobener, zuletzt für Januar 2000 vorgesehener Staatsbesuch nunmehr auf März 2000 festgelegt wurde<sup>14)</sup> – willkommen sei, jedoch müsse bis dahin eine „positive Atmosphäre“ aufgebaut sein (Sanktionen, Pressler-Gesetz). International könne Indien auf dem Ansehen aufbauen, das ihm seine Entscheidung eingebracht habe, während des Kargilkonfliktes trotz intensiver Provokationen die *Line of Control* nicht zu überschreiten. Auf Grund des Vertrauensbruchs, den Pakistan nach Lahore begangen habe, könnten offizielle Gespräche zwar „jeden Tag beginnen“, hätten aber keine Basis.

Obwohl nicht ausschließlich darauf konzentriert, dominierten wirtschaftliche Fragen letztlich auch die Ansprache von Präsident K.R. Narayanan am 25.10.1999<sup>15)</sup> vor beiden Häusern des Parlaments (von der Regierung vorgegeben und vom Charakter her ähnlich der Thronrede in Großbritannien), in der er

13) Über 70 Prozent der indischen Bevölkerung leben derzeit, z.T. ohne jeden Zugang zu moderner Infrastruktur, noch auf dem Land, der wohl höchste Anteil an Landbevölkerung in der Welt.

14) *The Times of India*, New Delhi, 16.12.1999.

15) Text in: *The Hindu*, New Delhi, 26.10.1999.

die Politik der neuen Regierung darstellte. Klar umrissene und mutige wirtschaftliche Reformen seien allen eigenen und internationalen Erfahrungen zufolge der einzige Weg zu schneller Entwicklung, die durch eine Triade von politischer und regulativer Führung der Regierung, dynamischen und effizienten sowie wettbewerbsorientierten Aktivitäten des privaten Sektors und der Partizipation der örtlichen demokratischen Institutionen und des ganzen Volkes gestützt werden müsse.

Als Schwerpunkte solcher Reformen und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung nannte er dann (in dieser Reihenfolge) Bildung für alle, Gesundheitswesen, Trinkwasser, ländliche Verbindungswege, Bau von Wohnungen und Unterkünften (zwei Millionen Einheiten pro Jahr, davon 1,3 Millionen auf dem Land), Erhöhung der Agrarproduktion und Aufmerksamkeit für damit verbundene Probleme wie Bodenpflege, Erschließung von Ödland, Wasserwirtschaft, Agrarkredite, Garten- und Gemüsebau, Lager- und Kühlhäuser, Vorrang von organischer gegenüber chemischer Düngung einschließlich Gestaltung der Düngerpreise, Reformen im Genossenschaftswesen, Agrarversicherung, Agrarpreise und Wettervorhersagen bzw. Zugang zu diesen. Weiter betonte er die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen die zunehmende Wasserknappheit, zur Erhöhung und Stabilisierung der Produktion von Elektroenergie, zum Bau und Ausbau von Überlandstraßen, von Häfen und Flughäfen, zur Verbesserung des Eisenbahnverkehrs und zur Hebung der Telekommunikation und der Informationstechnologie auf internationales Niveau. Bei alledem solle die Beteiligung des privaten Sektors verstärkt werden.

Narayanan betonte des Weiteren, dass die soeben abgeschlossenen Wahlen ein Jahr vor der 50. Wiederkehr des Gründungstages der Republik Indien und der Annahme seiner Verfassung erneut die Stärke der indischen Demokratie und die Reife seiner Wähler demonstriert hätten. Die Phase der Instabilität sei durch ein klares Votum der Wählerschaft beendet worden. Die im Programm der Koalition, der „Agenda for a Proud, Prosperous India“, festgeschriebenen Prinzipien des Säkularismus, der sozialen Gerechtigkeit, der föderalen Harmonie und der Rechtschaffenheit seien „ewige Werte“ der uralten



indischen Zivilisation und zugleich die Grundfesten des modernen Indiens.

Das Interregnum in der Zeit zwischen der Auflösung der 12. Lok Sabha (Unterhaus) und der Konstituierung der neuen 13. Lok Sabha, so Naranayan, sei eine massive Herausforderung für die nationale Sicherheit Indiens gewesen. Pakistan habe diese Situation ausgenutzt und versucht, die in den letzten beiden Jahren verbesserte Situation im Unionsstaat Jammu und Kashmir zu unterwandern. Dabei habe es eine vernichtende Niederlage erlitten, auch hätten die Wähler in Jammu und Kashmir und in den (ebenfalls von Pakistans Unterwanderungs- und Terroraktionen betroffenen) nordöstlichen Unionsstaaten durch ihre Haltung ihre Treue zur Einheit Indiens und zur säkularen Demokratie sowie ihre Ablehnung der pakistanischen Politik des „theokratischen Separatismus“ bewiesen. Der Militärputsch in Pakistan gebe zu großer Besorgnis Anlass, da nur ein demokratisches Regime eine Gewähr für Frieden, Verständigung und Zusammenarbeit geben könne. Indien habe den Lahore-Prozess eingeleitet, Pakistan müsse aber seine terroristischen Aktionen gegen indisches Territorium und auf diesem einstellen (sprich: bevor neue Gespräche möglich sind). Afghanistan habe sich ebenfalls in eine Quelle des Terrorismus und des Drogenhandels umgewandelt und Indiens Sicherheitsinteressen seien dadurch nachhaltig betroffen. Indien sei zu internationaler Kooperation zur Wiederherstellung der Stabilität in Afghanistan bereit.

Weiterhin strebe Indien die Vertiefung und Erweiterung seiner Beziehungen zu den USA an („*on the basis of the values and ideals we both share*“). Es fühle sich der Verstärkung der traditionell engen und freundlichen Verbindungen zu Russland verpflichtet und wolle seine Beziehungen zu (namentlich so in dieser Abfolge) Frankreich, Großbritannien, Deutschland und den anderen Mitgliedern der EU sowie zu Japan im Geiste des guten Willens und des gegenseitigen Vorteils entwickeln. Indien strebe die Fortsetzung seines Dialogs mit China an, um die Beziehungen zu verbessern und zu verbreitern. Schließlich schätze Indien seine herzlichen und ständig wachsenden Beziehungen zu den Ländern Zentralasiens, Westasiens, Ost- und Südasiens und des Pazifik

sowie zu Afrika, Lateinamerika und der Karibik sehr hoch ein.

Narayanan versicherte, dass die neue Regierung gegenüber dem Terrorismus von außen, aber auch von innen eine Politik der „Null-Toleranz“ betreiben werde. Dazu sei es erforderlich, die internationale Aufmerksamkeit verstärkt auf die Gefahren des grenzüberschreitenden Terrorismus zu lenken, die Sicherheitskräfte zu modernisieren und die Grenzen besser zu kontrollieren (Fertigstellung des Zaunes an der Grenze zu Bangladesch, Vernichtung der von pakistanischem Gebiet vorgetriebenen Tunnel). Zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit als integraler Bestandteil der nationalen Sicherheit insgesamt sei die Regierung entschlossen, diese für alle Bürger Indiens, unabhängig von Kaste („*We are determined to wipe out the last vestiges of untouchability from our society.*“), Religion, Geschlecht oder ethnischer Zugehörigkeit zu garantieren.

Als besonders wichtig bezeichnete Narayanan eine ausgewogenere wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Landesteile, harmonischere Beziehungen zwischen Union und Unionsstaaten, größere finanzielle und administrative Rechte und Machtbefugnisse für letztere sowie Dezentralisierung der Verwaltung und Ausbau der lokalen Selbstverwaltung. Die Verfassung und das Wahlrecht müssten mit den Anforderungen des nächsten Jahrhunderts in Übereinstimmung gebracht werden. Das erfordere u.a. die Einführung des „konstruktiven Misstrauensvotums“ (wie in Deutschland praktiziert), stabilere Wahlperioden für das Unionsparlament und die Landesparlamente sowie Maßnahmen gegen Wahlbeeinflussung und politische Korruption.

Was die Militärausgaben des Landes angeht, so hat Verteidigungsminister George Fernandez unterdessen seine Forderung wiederholt, diese von derzeit 2,3 Prozent auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben<sup>16)</sup> (was nach gegenwärtigem Kurs einen Zuwachs um rund DM 6,5 Milliarden bedeuten würde).

16) *The Times of India*,  
New Delhi, 16. 11. 1999.

### ■ **Brisante Probleme harren der Lösung**

Direkt nach den jüngsten Wahlen kam in Indien in den Medien und unter politischen Beobachtern eine intensive Diskussion über die Frage in Gang, ob und

wie lange die neue Koalitionsregierung unter Vajpayee Bestand haben wird. Unterdessen ist die vorherrschende Meinung zu beobachten, dass diese entweder die volle Legislaturperiode oder aber zumindest die nächsten zwei Jahre durchstehen kann.

Trotzdem gibt es einige besonders brisante Probleme für die BJP-geführte Koalition, die vom politischen Magazin *Outlook*<sup>17)</sup> sogar als *ticking timebombs* für den Bestand der Regierung und der Koalition bezeichnet werden. Von diesen seien vor allem genannt:

- Die bereits erwähnten schwebenden, für die weitere wirtschaftliche Entwicklung enorm relevanten Gesetzgebungsverfahren (vgl. oben, S. 9, „Absichtserklärungen und erste Schritte der neuen Regierung“) und die Umsetzung des Programms der Regierung zum Abbau des Engagements des Staates in der Wirtschaft und zur Privatisierung von Unternehmen und Banken des staatlichen Sektors: Diese werden von den großen Unternehmerverbänden nachhaltig gefordert, treffen aber auf den massiven Widerstand traditionalistisch denkender und handelnder politischer Kräfte. Die Gewerkschaften laufen dagegen Sturm, aber auch Alliierte der BJP lehnen dies unter Hinweis auf soziale Konsequenzen bis hin zu möglichen Unruhen ab. Die Oppositionsführerin im Parlament, Sonia Gandhi, Präsidentin des Congress(I), hat in Reaktion auf die von der Regierung angekündigte neue Phase der Wirtschaftsreformen erklärt, dass ihre Partei diese nicht blockieren will und eine konstruktive und aufgeschlossene Haltung zu solchen Reformen einnimmt, wenn dadurch Armut und Unwissenheit abgebaut werden und die Menschen deren Vorteile „sehen und erfahren“ können.<sup>18)</sup> Der Congress(I) hat diese konstruktive Haltung unter Beweis gestellt, indem er im Parlament die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und für den angestrebten Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen außerordentlich wichtige Insurance Regulatory Bill trotz Widerstandes in den eigenen Reihen passieren ließ.
- Der Bau des Ram-Tempels auf dem Gelände der 1992 durch Hindunationalisten zerstörten Babri-Moschee in Ayodya, die angeblich auf dem Ge-

17) *Outlook*, New Delhi, Nr. 40 vom 18. 10. 1999.

18) *The Times of India*, New Delhi, 22. 11. 1999.

burtsort des epischen Hindu-Helden und Gottes Ram stand.

- Obwohl die BJP im Zusammenhang mit den Wahlen dieses Vorhaben wie auch die von den Muslimen des Landes einhellig zurückgewiesene Einführung eines einheitlichen Zivilrechts und die Beseitigung des in der Verfassung verankerten Sonderstatus von Jammu und Kashmir – für die nächsten fünf Jahre aus ihrem Zielkatalog gestrichen hat, fordert die radikal hinduistische Rastriya Swayamsevak Sangh (RSS) dies nach wie vor nachdrücklich und die radikal-hinduistische Organisation Vishva Hindu Parishad (VHP) hat bereits angekündigt, dass sie auf dem Beginn der Bauarbeiten in 2001 bestehen werde.
- Die Erreichung und Aufrechterhaltung eines breiten politischen Konsensus für das weitere indische Vorgehen nach der gescheiterten Ministertagung der Welthandelsorganisation WTO Ende November 1999 in Seattle: Kritische Punkte für Indien sind dabei die Verhandlungen über Dienstleistungen, die Landwirtschaft und die Rechte auf geistiges Eigentum sowie die Zugangsbedingungen (Zölle und nichttarifäre Hemmnisse), vor allem für Industrieerzeugnisse, und der elektronische Handel.
- Die Realisierung des bereits von der vorherigen Regierung Vajpayee angekündigten Infrastrukturprogramms, eines für Indien hochambitiösen Vorhabens, nämlich 13 000 km Fernstraßen zu bauen (Mittelbedarf: rund 26,1 Milliarden DM), ein Projekt, das bisher nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen wurde, und anderer Infrastrukturvorhaben wie des Aus- und Neubaus von Häfen und Flughäfen, die zum nicht geringen Teil keineswegs modernen Anforderungen genügen oder in marodem Zustand sind.
- Die angesichts der Entscheidung des US-Senats gegen den Beitritt zum CTBT zwar aufgeschobene, aber dessenungeachtet weiter anstehende Entscheidung zur Haltung Indiens in dieser Frage, worauf von Seiten der USA nach wie vor massiv eingewirkt wird. In Reaktion auf eine Bemerkung von US-Außenministerin Madelaine Albright im amerikanischen Magazin *Times*,

19) *The Times of India*,  
New Delhi, 26. 11. 1999.

Indien und Pakistan „had agreed in principle to sign the CTBT“, ließen Regierungskreise verlauten, dass dies für Indien zwar grundsätzlich zutreffe, der Zeitpunkt aber offen sei und nicht von außen bestimmt werden könne. Bedingung sei vor allem die Abschaffung des diskriminierenden Regimes für die Nichtweitervergabe. Außerdem müsste ein nationaler Konsens herbeigeführt und ein Modus zur Sicherung der nationalen Sicherheitsinteressen gefunden werden.<sup>19)</sup>

- Der nach einer gewissen Pause im Zusammenhang mit Kargil verstärkte Druck der USA auf Indien, um die Wiederaufnahme der Gespräche mit Pakistan zu erreichen (wobei eine Reihe von Aktivitäten im Verborgenen bereits stattfinden). Hierbei sind die gegenwärtigen Grundhaltungen der beiden Länder bisher unvereinbar: Indien vertritt die Position, dass über alle anstehenden Probleme gesprochen werden sollte, um sukzessive einer Lösung der Kaschmirfrage näherzukommen, während Pakistan die Lösung des Kaschmirproblems zur Vorbedingung für Gespräche über alle anderen anstehenden Fragen macht.
- Das für den nächsten Sommer zu erwartende Wiederaufbrechen des massiven Streits um die Wasserreserven des Cauveryflusses zwischen den Unionsstaaten Karnataka als Geber und Tamil Nadu als Nehmer, wobei Tamil Nadu den Nachbarstaat Karnataka beschuldigt, überproportional Wasser für den eigenen Bedarf zu behalten und nicht genügend an das wasserärmere Tamil Nadu abzugeben.

#### ■ **Forderungen der Wirtschaft und Aussichten f r das Wirtschaftswachstum**

Die großen allindischen Unternehmerverbände FICCI (Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry), ASSOCHAM (Associated Chambers of Commerce and Industry of India) und CII (Confederation of Indian Industry), aber auch die in Nordindien tätige größte regionale Industrie- und Handelskammer PHDCCI (PHD Chamber of Commerce and Industry) oder wichtige südindische Verbände wie die Madras Management Association drängen mit Macht auf die Fortführung des wirtschaftlichen Re-

formprozesses, allerdings weniger mit Blick auf die Öffnung nach außen, als vielmehr auf die Liberalisierung des indischen Binnenmarktes. Dabei halten sie mit ihren Meinungen und Forderungen nicht mehr, wie noch vor vier oder fünf Jahren, zurück und fordern die Politik ein.

In diesem Sinne forderte FICCI-Präsident Sudhir Jalan Premierminister Vajpayee am 20.11.1999 auf der 72. Jahrestagung seines Verbandes höflich, aber in der Sache unverblümt auf, seine vor einem Jahr auf der 71. FICCI-Tagung gemachten Zusagen einzulösen<sup>20)</sup>: „*I wish to dream this morning, on behalf of the world of business and place before you a ten point wish list.*“ Anstehende Gesetzgebungsverfahren sollten tatsächlich in der vom Premier angekündigten Frist von hundert Tagen abgeschlossen werden. In der Infrastruktur, „*the expectations [...] still remain unfulfilled. The condition of power, roads, ports and airports have seen miniscule improvement, if any at all. We wish that in the next few months, your government will push through and clear all power projects, and privatise both transmission and distribution as promised. Similarly privatization of port and port services is yet to take off.*“ Jalan verlangte sofortige und nachhaltige Interventionen des Premiers nach Margret Thatchers Vorbild zur Vorantreibung der Lösung dieser und anderer Fragen, wie zum Beispiel Deinvestitionen und Privatisierungen von Industrieunternehmen und Banken des staatlichen Sektors, Senkung der Zinsraten und verbesserte Bedingungen für die Kapitalbereitstellung, Lockerung der „archaischen“ Arbeitsgesetzgebung zur Erhöhung der Flexibilität und der Konkurrenzfähigkeit, Vereinfachung der Exportlizenzverfahren, Förderung des tertiären (Dienstleistungs)-Sektors und der Verarbeitung von Agrarprodukten im Lande.

In seiner Antwort<sup>21)</sup> versicherte Vajpayee, dass seine Regierung sich den Wirtschaftsreformen voll verpflichtet fühlt, wobei er die Notwendigkeit sozialer Verträglichkeit betonte, in seinen Aussagen ansonsten aber vage blieb, was führende Industrielle, die ein detailliertes, klares Mehrpunktprogramm erwartet hatten, enttäuschte.<sup>22)</sup> Aufsehen erregten dagegen Äußerungen von Innenminister L.K. Advani, der neben Aktionen zur Hebung der inneren Sicherheit und gegen Korruption radikale Maßnahmen zur Kon-

20) Vgl. *Propelling India into Global Leadership*, Welcome Address of Shri Sudhir Jalan, President, FICCI, at the 72<sup>nd</sup> Annual Session of FICCI, 20. 11. 1999, S. 3.

21) Address by Shri Atal Behari Vajpayee, Prime Minister of India, at the 72<sup>nd</sup> Annual Session of FICCI, 20. 11. 1999.

22) Vgl. *The Hindu und The Times of India*, New Delhi, 21. 11. 1999.

23) Vgl. *The Times of India*, New Delhi, 22. 11. 1999.

trolle des Bevölkerungswachstums ankündigte<sup>23)</sup>, was ansonsten seit den brachialen Sterilisierungen in den siebziger Jahren unter Indira Gandhi weitgehend ein Tabuthema ist.

Mittlerweile wurde das als wirtschaftlicher Think-Tank apostrophierte Economic Advisory Council rekonstituiert, dem neben anderen bekannten Befürwortern der Reformen auch N.K. Singh, der Wirtschaftsberater im Büro des Premierministers, und Brajesh Mishra, Principal Secretary des Premiers und zugleich Vorsitzender des National Security Council, angehören. Desgleichen wurden die Task Force on Infrastructure und das Advisory Council on Trade and Industry, dessen Mitglieder führende Unternehmer sind, wiederbelebt. Eine Sondergruppe unter Finanzminister Yashwant Singh soll Vorschläge für einige vordringliche Reformen machen, darunter für die Ersetzung des Indian Telegraph Act von 1885(!). Von beträchtlicher Tragweite dürfte der quasi erstmalig eine indische Zollunion schaffende, am 16.11.1999 gefasste Beschluss der Chief Minister (Ministerpräsidenten) der indischen Unionsstaaten und ihrer Finanzminister über die Einführung von einheitlichen Verkaufssteuersätzen und die Abschaffung aller auf der Basis von Verkaufssteuern beruhenden, wettbewerbsverzerrenden Anreize der einzelnen Staaten für Investitionen.

Die gegenwärtige ökonomische Aufbruchstimmung führt teilweise jedoch auch zu überaus anspruchsvollen Aussagen über das mögliche Ausmaß des Wirtschaftswachstums. Während die jüngste Ausgabe des *World Economic Outlook* des IWF für 2000 eine Zuwachsrate von 5,5 Prozent prognostiziert und Finanzminister Sinha eine Wachstumsrate von 6,5 Prozent annimmt<sup>24)</sup>, was schon von starkem Optimismus spricht, erwartet ein Bericht von ASSOCHAM, dass es ungeachtet der von April bis September 1999 eingetretenen wirtschaftlichen Belastungen durch den verlustreichen Kargilkonflikt und eine eigentlich unnötige Parlamentswahl angesichts eines verbesserten außenwirtschaftlichen Klimas und der Bildung einer stabilen Koalitionsregierung immer noch möglich sei, „to make 2000 the year in which India will not only emerge as the world's fastest growing democracy but also the fastest growing economy, finally overtaking China.“<sup>25)</sup>

24) *The Hindu*, New Delhi, 18. 11. 1999.

25) ASSOCHAM, *Midterm Review of Indian Economy 1999-2000*, New Delhi, November 1999, S. 1.

Die Wirtschaftslage allgemein nüchterner bewertend kommt aber auch der Gouverneur der Reserve Bank of India (RBI: Zentralbank), Dr. Bimal Jalan, zu der hochgesteckten Einschätzung, dass eine Wachstumsrate von acht Prozent im Bereich des Möglichen liege, „*provided the recent gains made in some critical sectors of the economy were consolidated.*“<sup>26)</sup> Damit korrigierte er eine von der RBI drei Wochen vorher gemachte Prognose von sechs bis 6,5 Prozent<sup>27)</sup> beträchtlich nach oben.

Solche und ähnliche Aussagen bewertet der „Vater der Wirtschaftsreformen“ in Indien, der ehemalige Finanzminister Dr. Manmohan Singh, sehr kritisch. Zur Reformagenda der neuen Regierung bemerkte er vor der Rajya Sabha, der er angehört, in der dort stattgefundenen Diskussion zu der von Präsident Narayanan vorgetragene Regierungserklärung (siehe Abschnitt 4.): „*The government has a long wish list but no concrete time-bound programme [...] to meet the challenges of the 21st century.*“<sup>28)</sup>

Im Hinblick auf die wirtschaftlichen Aussichten Indiens zurückhaltend war auch die Aussage von Colette Mathur, Direktorin des World Economic Forum in Vorbereitung des Indien-Gipfels dieser Organisation vom 5. bis 7. Dezember 1999 in New Delhi. Seitens ausländischer Investoren gebe es, nachdem die BJP-geführte Koalition wiederum an die Regierung gekommen sei, ein wiederauflebendes Interesse an Indien. Als Voraussetzung müsse jedoch die rasche Umsetzung der angekündigten Reformen erwartet werden. „*The key word is implementation. There are many businessmen from various regions such as Hong Kong who are participating in the India Summit for the first time. If they return disappointed, it will take a long time for them to be interested again in India [...]. They are keen to know whether the government will facilitate rather than interfere in business. It is thus necessary to enunciate clear rules of the game for foreign investors. What investors look for to is greater transparency, predictability and accountability [...], this is the minimum that foreign investors require.*“<sup>29)</sup> Auf dem Indien-Gipfel machten Vertreter der internationalen Wirtschaft denn auch klar, dass Kapital durchaus rar sei und bei Anlage eine angemessene Verwertung erwarte. Indien könne den regierungsseitig für notwendig erklärten Zu-

26) *The Hindu*, New Delhi, 17. 11. 1999.

27) Reserve Bank of India (RBI), *Mid-Term Review of Monetary and Credit Policy 1999-2000*, New Delhi, 29. 10. 1999, para. 4.

28) *The Times of India*, New Delhi, 27. 10. 1999.

29) *The Business Times*, New Delhi, 2. 11. 1999.



strom von ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von jährlich zehn Milliarden US-Dollar nur erwarten, wenn es entsprechende Voraussetzungen schafft.

Darum ist es entgegen aller ökonomischen Rhetorik im Moment noch nicht allzu gut bestellt. Nach dem vor allem durch bürokratische Hemmnisse ausgelösten Rückzug der US-Firma Cogentrix aus einem infrastrukturellen Großprojekt im Unionsstaat Karnataka erklärte US-Botschafter Celeste mit Blick auf die bisherigen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung: *„the message is not about the power sector [...], it is not the message about Karnataka, but the message of doing business in India [...]. The Prime Minister’s speech during the recent India Economic Summit was an excellent speech on performance. But now is the time for performance.“*<sup>30)</sup>

30) *The Times of India*, New Delhi, 15. 12. 1999.

### ■ Aussichten

Der Erfolg der BJP in den jüngsten Parlamentswahlen beruht in erster Linie sowohl auf der überragenden Persönlichkeit Vajpayees als Politiker wie auch auf der Formierung einer Koalition bereits vor den Wahlen. Der beträchtliche Einfluss der Partner der BJP in dieser Koalition bietet prinzipiell auch die Möglichkeit, dass sich die BJP sukzessive von ihren radikal hinduistischen Partnern löst und zu einer Partei der rechten Mitte entwickelt.

Der Congress(I) wird infolge der Schwäche seiner gegenwärtigen Führung und infolge mehrfacher Spaltungen für absehbare Zeit keine Chance haben, wieder an die Regierung zu kommen. Sonia Gandhi hat sich als politisch unerfahren gezeigt und ihre Berater haben sich in ihrer Mehrzahl als wenig geeignet erwiesen, sie zu stützen. Der Aufstieg regionaler Parteien führte spätestens seit Mitte der neunziger Jahre zu einem substantiellen Anwachsen von deren Einfluss auf die gesamtindische Situation und dürfte sich weiter verstärken.

Hintergrund dafür ist die sich mehr und mehr durchsetzende Auffassung, dass ein riesiges Land wie Indien nicht zentralistisch verwaltet, d.h. allein von New Delhi aus regiert werden könne. Dadurch gewinnen Tendenzen der Dezentralisierung und zum Aufbau echter föderalistischer Strukturen an Boden. Dem entgegen stehen Befürchtungen, dass eine damit verbundene Zunahme der Regionalisierung Indiens

separatistischen Bewegungen, die im Punjab und in Tamil Nadu immer noch latent existieren und in Jammu und Kaschmir sowie in den kleinen Unionsstaaten im Nordosten Indiens offen hervortreten, Auftrieb geben und eine Spaltung des Landes befördern könnten.

Das Schicksal der erneut an die Regierung gekommenen BJP-geführten Koalition wird vor allem direkt und entscheidend davon abhängen, wie es ihr gelingt, nach ihrem Wahlerfolg vom Herbst 1999 das Wirtschaftswachstum zu stimulieren und breite Massen der Bevölkerung in den wirtschaftlichen Kreislauf einzubeziehen. Bisher hat die ökonomische Liberalisierung mehr zur Vergrößerung als zum Abbau der enormen sozialen Spannungen beigetragen, was interessanterweise zu einer Festigung der nach wie vor allumfassenden Kastenstruktur führte, die Auffang- und Versorgungsfunktionen ausübt. Sollte sich die Verarmung und der Ausschluss breiter Massen von der wirtschaftlichen Prosperität fortsetzen, besteht trotz des besänftigenden Einflusses hinduistisch-religiösen Denkens die ernste Gefahr massiver sozialer Eruptionen.

International gesehen wird Indien in zunehmendem Maße als Regional- und Ordnungsmacht in Asien zu respektieren sein. Dies vor allem dann, wenn der Zusammenhang zwischen Außenpolitik und Außenwirtschaftspolitik, den die derzeitige Führung des Landes zu begreifen beginnt, nicht nur politische Maxime bleibt, sondern zur Praxis wird. Die Distanzierung der USA und der EU sowie Chinas von Pakistan wird von Indien als Erfolg seiner besonnenen Haltung während der Kargilkrise zu Ende vorigen Jahres gesehen, vor allem seiner Entscheidung, die *Line of Control* nicht zu überschreiten. Indien strebt danach, letztlich eine strategische Partnerschaft mit den USA zu erreichen, wobei es auf das geostrategische Interesse der USA setzt, ein Gegengewicht zu China aufzubauen, und bei der Bekämpfung islamischer Fundamentalisten mit anderen betroffenen Staaten zusammenzuarbeiten.

Eine Beendigung seines Atomwaffenprogramms kommt für Indien derzeit nicht in Frage.<sup>31)</sup> „Der Geist könne nicht wieder in die Flasche“ zurückgerufen werden. Die Sicherheitsinteressen des Landes, vor allem der Kaschmirkonflikt mit Pakistan, weit mehr

31) Der Ende November 1999 vom Institute of Defence Studies and Analyses in New Delhi durchgeführte „Second Indo-German Dialogue on Security Issues: Dynamics of the Future International Order“ erbrachte einen intensiven Meinungsaustausch indischer und deutscher Experten zu diesen Fragen. Ein Bericht hierzu in *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. 12. 1999, S. 16.

noch aber die Notwendigkeit des Aufbaus einer Kräftebalance zu China, erforderten eine atomare Bewaffnung. Die seitens des US-Senats erfolgte Ablehnung des Atomteststoppvertrages (CTBT) hat Indien einen willkommenen Aufschub gegeben, diesen zu unterzeichnen. Im Hinblick auf den Nichtweitergabevertrag (NPT) hegt Indien selbst große Bedenken, dass neue Atomwaffenstaaten in Asien oder dem Mittleren Osten entstehen, und würde daher am liebsten die Erweiterung der Gruppe der völkerrechtlich legitimized Atomwaffenstaaten von fünf auf sieben begrüßen, um diese Gruppe dann zu schließen.

Das nachhaltige und wiederholt gezeigte große Interesse Indiens an Beziehungen zu Europa sollte von der EU noch mehr als bisher aufgegriffen werden. Störend für Indien war in dieser Hinsicht bisher die Konzentration der Aktivitäten der EU um Partnerschaft in Asien auf die ASEAN-Staaten und China. Erste Anzeichen zur Korrektur dieser aus indischer Sicht ungleichgewichtigen Ausrichtung der EU-Politik wurden in Indien mit Aufmerksamkeit registriert. Auch wurde die erstmalige Erweiterung der Tagungen der G-8, also der westlichen Industrieländer und Russlands, in eine Tagung der G-20, verbunden mit der Einbeziehung Indiens (zusammen mit Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indonesien, Mexiko, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, der Türkei und der EU)<sup>32)</sup> in diese Beratungen am 16. 12. 1999 in Berlin als wichtiger Ausgangspunkt zukünftiger Bestrebungen der westlichen Industrieländer sowie der Weltgemeinschaft gewertet, Indien nunmehr die ihm gebührende internationale Aufmerksamkeit zu schenken und das Land in die Hauptströme der internationalen Entwicklung einzubinden.

32) In der neu etablierten G-20 sind rund 85 Prozent des Weltbruttoinlandsprodukts und fast zwei Drittel der Weltbevölkerung repräsentiert.

Das Manuskript wurde am 16. 12. 1999 abgeschlossen.